

# Politische Rundschau.

## Der Herero-Aufstand.

Ein Versuch des Oberleutnants v. Bülow, von Otahandja aus nach der Küste zu Verbindung zu suchen, ist mißglückt. In dem Kampfe mit den Hereros sollen von diesen 20 bis 25 getötet worden sein, während der Verlust auf deutscher Seite vier Tote und einige leicht Verwundete beträgt. Bülow meldet, daß er sich nach einige Zeit halten kann.

Die englische Presse hatte jüngst über die Lage der im südlichen Teile von Deutsch-Südwestafrika den Bundesmarschall gegenüberstehenden deutschen Truppen allerhand schalme Nachrichten verbreitet. Namentlich teilt der deutsche Generalconsul in Kapstadt mit, daß dort absolut nichts bekannt sei. Vielmehr dauert nach einem in Kapstadt vorliegenden Telegramm des Hauptmanns Kopp der Waffenstillstand mit den Bundesmarschall Friedensverhandlungen beginnen. Gespräche haben nicht stattgefunden. Die deutsche Truppenmacht am Orange ist dem Feinde überlegen.

## Der russisch-japanische Konflikt.

In Japan hat die Regierung nach einer Mitteilung der Times aus Tokio beschlossen, eine Kriegsteuer durch Verdoppelung der Land- und Einkommensteuer zu erheben. Die Einkünfte werden dadurch um 44 000 000 Yen (etwa 200 Mill. M.) vermehrt.

Die Unruhen in Korea sollen nicht so schlimm sein, wie die englischen Meldungen sie geschildert haben. In bezug auf Europa verbreitete Nachrichten über angebliche erste Unruhen in Korea sind in Tokio als maßgebender Stelle verifiziert, daß dieselben von keinerlei Bedeutung sind. Nach japanischen Konsularberichten aus Seoul sind seit Anfang dieses Jahres nur an zwei Punkten unwesentliche Unruhen durch eine Auerhandlung entstanden, die etwa zehn Mann stark sein dürfte. Alle an diese angeblichen Unruhen und an die Erneuerung des Generals Jishi zum Militärattaché in Seoul geknüpften Folgerungen seien grundlos.

## Deutschland.

Kaiser Wilhelm erhielt vom König Oscar von Schweden den neugegründeten Orden vom norwegischen Löwen als erster auswärtiger Inhaber.

Der Erbprinz von Rußland ist an Diphtheritis erkrankt. Nachdem sofort eine Impfung mit Diphtherieheiserum vorgenommen worden war, beseitigt der Zustand des Erbprinzen keinen Anlaß zu irgend welchen ernstlichen Besorgnissen.

Der Bundesrat hat dem Ausschussbericht über den Antrag Hessens betr. den Entwurf eines Gesetzes wegen Entschädigung von Personen, die unverschuldet Strafe oder Untersuchungshaft erlitten haben, zugestimmt.

Staatssekretär Graf Posadowski hat in seiner Reichstagsrede vom Donnerstag folgende gesetzgeberischen Maßnahmen angekündigt: eine grundlegende Vereinbarung des Bundesrats über einheitliche landespolizeiliche Verfügungen zur Regelung des Automobil- und Kraftfahrzeugverkehrs, ferner ein Photogrammgesetz, dessen kommissarische Beratung demnächst beginnen werde, und schließlich ein Gesetz über den photographischen und künstlerischen Verlag. Die letzten drei Gesetzesentwürfe sollen dem Reichstag gleichzeitig vorgelegt werden. Über den Zeitpunkt, wann die Vorlagen zu erwarten sind, machte der Staatssekretär keine Angaben.

Das die Novelle zum Vogelstchutzgesetz, die früher im Reichstage von Vertretern der verbündeten Regierungen in Aussicht gestellt wurde, mit Rücksicht auf die im Jahre 1902 in Paris unterzeichnete Vogelstchutzkonvention schon seit längerer Zeit in Angriff genommen

ist, wird am 12. d. M. dem Reichstag als Entwurf zur Beratung übergeben. Die Novelle wird dem Reichstage demnächst zur Genehmigung vorgelegt werden können, bleibt abzuwarten.

Die Resolutionen der Sozialdemokraten zum Titel „Staatssekretär des Reichsamtes des Innern“, wie sie von dem Abg. Baur angefaßt wurden, liegen jetzt dem Reichstage vor. Sie betreffen erstens ein Reichsarbeitsamt, Arbeitskammern und Einigungsämter, ferner Regelung des Wohnungswesens, drittens zehntägigen Maximalarbeitstag (später nur 9 und von 1908 ab nur 8 Stunden), viertens Gehalt von Verordnungen für Betriebe mit hoher Vergütungsgefahr, fünftens Bauarbeiterlohn und endlich Sonntagsruhe in Glasbütten. Die Gesamtzahl der zu jenem Titel eingebrachten Resolutionen beläuft sich damit auf 31.

Die Reichstagswahl für Schwesig-Schmalbuden (an Stelle des verstorbenen Seiboth) wurde auf den 15. Februar anberaunt.

Der frühere Reichstags-Abg. Fieser ist im Alter von 69 Jahren gestorben. Fieser war früher Staatsanwalt in Karlsruhe und gehörte im Reichstage für Karlsruhe-Drusfeln von 1887 bis 1890 als Mitglied der national-liberalen Fraktion an.

## Österreich-Ungarn.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus erklärte Ministerpräsident Graf Tisza, daß er mit der Kossuthpartei lediglich aus dem Grunde in Verbindung getreten sei, um durch Meinungs-austausch die Schärfe des Kampfes soweit wie möglich zu mildern. Er habe auch den Oppositionen seine Bereitwilligkeit zu einem Ideenaustausch zum Ausdruck bringen lassen. Dieser Schritt habe aber zu keinem Verhandeln keine Genehmigung gefunden. Diese Ausrufung Tiszas hat großen Eindruck auf die Opposition gemacht, und man hofft, daß nun vielleicht ein Weg zur Verständigung zwischen Regierung und Opposition gefunden werden wird.

## Frankreich.

Die Erzbischofe von Paris und Reims haben an den Präsidenten ein Protestschreiben gegen den dem Parlament vorgelegten Gesetzentwurf gerichtet, in dem auch den genehmigten Schulkongregationen die Erlaubnis zur Erteilung von Unterricht entzogen werden soll. In dem Schreiben wird der Präsident daran erinnert, daß er der Wächter der Freiheit und des Rechts aller Franzosen sei.

## Italien.

Die Deputiertenkammer widmete die Sitzung vom Donnerstag dem Gedächtnis des kürzlich verstorbenen Ministerpräsidenten Zanardelli. Neben auf den verstorbenen Ministerpräsidenten hielten Präsident Biancheri, mehrere Deputierten und namens der Regierung der jetzige Ministerpräsident Giolitti; alle Reden wurden vom Hause mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es wurde beschlossen, die Büste Zanardellis im Gebäude der Deputiertenkammer aufzustellen, einen Bronzekranz auf seinem Grabe niederlegen zu lassen, die Sitzung zum Zeichen der Trauer auszusetzen und alle in der betreffenden Kammerung gehaltenen Gedächtnisreden zu veröffentlichen.

## Schweden-Norwegen.

Das norwegische Landthina (die alljährlich aus dem Storting gewählte Teilsversammlung) nahm mit 19 gegen 10 Stimmen einen Gesetzentwurf an, wonach Frauen Rechtsanwältinnen werden können. Es wurde einstimmig beschlossen, diesen Gesetzentwurf an die Regierung zu übersenden.

## Balkanstaaten.

Die Seitenprünge der Morie bei dem Reformwerke für Mazedonien wollen nicht aufhören. Die Morie will bei der bevorstehenden umfassenden Reorganisation der Gendarmerie die Veranziehung einer größeren Zahl fremder Offiziere möglichst einschränken. Mit diesem Gegenstande hatte sich eine Sitzung der Minister beschäftigt. Die Morie hat an die Vorschläge der beiden Reform-

mächte (Österreich und Rußland) eine Anfrage in diesem Sinne ergeht und dabei ihre Bedenken erheben. Von den beiden Vorschlägen wurde im übrigen die Grundlage für die praktische Durchführung der Gendarmerie-Neuorganisation bereits festgelegt.

Die bulgarische Regierung beabsichtigt, noch vor Schluß der Session der Sobranje, die wegen des großen Arbeitsmaterials wahrscheinlich verlängert werden dürfte, eine Vorlage, betreffend den weiteren außerordentlichen Kredit von etwa einer halben Million zur Unterhaltung der mazedonischen Fiskalange, einzubringen.

## Aus dem Reichstage.

Der Reichstag legte am Donnerstag die zweite Staatsberatung beim Titel „Staatssekretär“ vom Staat des Reichsamtes des Innern fort. Abg. Gorheim (fr. N.) sprach insbesondere über das Thema der Schutzpolizei, unter deren Herrschaft das Ansehen der Kontrolle blühe. Abg. Skortian (Pole) führte Reichsverweigerung aber angebliche nationale und politische Unterdrückung der polnischen Arbeiter in Oberschlesien. Zwischen dem Abg. Müller-Neimein (fr. N.) und dem hamburgischen Volksrechtler Landgraf Dr. Schäfer fand eine Auseinandersetzung statt betreffend die Anwendung des Versammlungsrechts und der Behandlung der Prostitution in Hamburg. Abg. Baur (Soz.) beklagte sich über ungenügenden Arbeiterlohn und polemisierte über die das Krankenwesen betreffenden Ausführungen des Abg. Müggen. Staatssekretär Graf Posadowski erwiderte auf alle im Laufe der Debatte vorgebrachten Einzelheiten.

Am 29. v. wird die zweite Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern fortgesetzt.

Abg. Lehmann (nat. lib.) macht für den Zustand in Krainschina die Sozialdemokratie verantwortlich; es sei keine Ausperrung, sondern ein von der Sozialdemokratie provoziertes Streik gewesen. Er möchte nicht bei und keine sehr genau die Verhältnisse. Die Arbeiter hätten wohl das Recht, zu streiken, aber nicht das Recht, einen Arbeitswilligen an der Arbeit zu hindern. Was die Sozialdemokratie wolle, sei nicht Kooperationsfreiheit, sondern Kooperationszwang. Es seien im ganzen nur 21 Personen aus der Landesliste ausgetreten. Demnach habe ein sozialdemokratisches Blatt geschrieben: „Es habe noch keine Inzucht in der Weltgeschichte gegeben, der nicht ein bloßes feines Segen gegeben.“ (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Vallaszky trägt in scharfem Ton diesen Vorwürfen.

Abg. Lehmann (fortgesetzt): Außerhalb des Hauses würde es eine solche Ausrufung als eine bodenlose Gemeinheit bezeichnen.

Abg. Gräfe (nat. lib.) legt an der Hand einer Denkschrift der Fabrikanten die Lohnverhältnisse in Krainschina dar und verweist darauf, daß die dortige Sparkasse 10 Mill. Mark Guthaben der Arbeiter aufweise.

In Österreich seien die Löhne viel niedriger. Es sei eben nur eine von der Sozialdemokratie angestellte Maßregel gewesen. Die höchsten Behörden hätten nur ihre Pflicht und Schlichtigkeit getan, sie hätten Ruhe und Ordnung aufrechterhalten. Ein späterer Kalkulationsfehler werde ihr Verhalten als eine rettende Tat bezeichnen. Sie seien sich bewußt gewesen, daß sie zwar das Kooperationsrecht der Arbeiter, aber auch die Arbeitswilligen gegen den Terrorismus der Streikenden hätten schützen müssen. Sie hätten dem Volke zu Gewichte geführt, daß es noch andere Interessen im Deutschen Reiche zu wahren gebe als die sozialdemokratische Arbeiter. Es gäbe kein Verbrechen, keinen politischen Mord, den die Sozialdemokratie nicht schon verübt hätte.

Präsident Graf Vallaszky erklärt diese Behauptung für unzulässig.

Abg. v. Gerlach (fr. N.) fragt an, wie es mit der Krankenversicherung der Diensthoten und der Kooperationsfreiheit der Kanalarbeiter stehe. Redner wünscht ein vernünftiges Verständigungsrecht.

Abg. Dreißer (Soz.) erklärt sich gegen jeden Versuch, den Landarbeitern das Kooperationsrecht zu geben. Die keine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter würde durch Tarifverträge herbeigeführt werden. Gegen die Einföhrung des Maximalarbeitstages würden sich die Parteifreunde des Redners mit Entschiedenheit wenden. Sie seien aber andererseits bereit, an einem Ausbau der Arbeiterbeschäftigungen mitzuarbeiten. Redner erklärt sich gegen politische Verdrängung der Frauen, besonders auch in bezug auf die Wahlen, und tritt für eine nachdrückliche Verdrängung des Mittelstandes, vor allem des Handwerkerstandes ein.

Abg. Wenner (nat. lib.): In Krainschina habe es sich um die Einführung der Frau gehandelt,

ob in der Fabrik die Gewerkschaft oder der Arbeitgeber Herr im Hause sein solle, denn nicht im Sinne einer Herrschaft, sondern als Disziplin des Betriebes. Redner äußert Bedenken gegen die Forderung des zehntägigen Maximalarbeitstages, der bald das Verlangen nach einem neunzehntägigen, schließlich sogar einem einundzwanzigstägigen noch sich ziehen würde. Von einer Zusammenlegung der drei großen sozialpolitischen Gelege (Kranken-, Unfall- und Alters- und Invaliditätsversicherung) werde man weichen in den Kreisen gesprochen, die sich um vorzuziehen damit beschäftigt hätten. Das das Tempo der sozialpolitischen Gesetzgebung betreffe, so hätte Deutschland nicht nötig, sich in ein sozialpolitisches Automobil zu legen, während andere Staaten noch nicht einmal einen sozialpolitischen Omnibus besäßen.

Abg. Frähdorf (Soz.): Gegenüber den Ausführungen und Versicherungen des Vorgesetzten in bezug auf den zehntägigen Arbeitstag bemerkt Redner, daß es viele Leute gebe, die gar nicht arbeiten und doch ganz unabhängig leben. Die Einföhrung des zehntägigen Arbeitstages hätte der Krainschiner Textilindustrie keinerlei Schaden gebracht. Gegenüber der Ummenge von Resolutionen seien die Arbeiter der Meinung: der Worte sind wenig genügt, löst uns nun endlich Taten herbei. Das müßte alle sozialpolitischen Einflüsse des Grafen Posadowski und alle seine guten Absichten, wenn er erst im Reichstage mit der Vermeidung der Wehrpflicht rechnen hätte. Die Arbeiter verlangten auf dem Gebiete der Sozialreform eine kräftige Kraft und nicht die Beteiligung des Abg. Hye. Er äußere, durchaus für eine anständige Bezahlung der Ärzte und auch für freie Arztwahl in kleineren Städten zu sein. Aber durch die Rücksichtslosigkeit der Krainschiner in letzter Zeit das Verhältnis zu den Krainschiner für lange Zeit hinaus ein gespanntes geworden.

Staatssekretär Graf Posadowski: Die materielle Förderung des Handwerks im Sinne der Tribünenreden ist lediglich Sache der Einzelstaaten. Wir haben aber an die Bundesregierungen die Forderung gerichtet, was in den letzten drei Jahren in diesem Sinne von ihnen getan worden ist. Nur Beförderung der Dienstboten und ländlichen Arbeiter bemerkt der Staatssekretär, daß das Reichsamt das auf eine Unterlage eingehende Material bearbeitet und in wohlwollender Ermüdung sehen werde. Der Staatssekretär hätte die Kategorien in der Beförderung miteinminderzusehen wollen, aber er sei nicht sicher gewesen, ob die verbündeten Regierungen hinter ihm ständen.

Darauf vertauert sich das Haus.

## Deutschland.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Freitag in erster Lesung die Gesetzentwürfe betr. die Errichtung von obligatorischen Fortbildungsschulen in Hosen-, Leib-, Hemd- und Kragenfabrikation und Überwachung von elektrischen Anlagen, sowie das Ausführungsgesetz zum Reichs-Sendegesetz und die Novelle zum Gesetz über die ärztlichen Ehrenrechte und das Umweltschutzgesetz und die Kosten der Zerkleinerung. Sämtliche Gesetzentwürfe werden besonderen Kommissionen überwiesen.

## Von Nah und fern.

Ein Triumph deutscher Schiffbaukunst. Der Schnellpost-Dampfer „Deutschland“ der Hamburg-Amerika-Linie legte auf seiner ersten Reise zwischen New York und Italien den 4300 Seemilen betragenden Weg in 7 Tagen und 19 Stunden zurück und erzielte eine Durchschnittsgeschwindigkeit von fast 23 Meilen. Die Reise ist um etwa zwei Tage kürzer als die bisherige schnelle Reise auf dieser Route. Die Passagiere überreichten dem Kapitän eine Adresse, in der sie ihrer Bewunderung über die großartigen Leistungen auf dieser epochemachenden Reise Ausdruck gaben.

Auf dem Polizeipräsidium erschossen. Auf dem Berliner Polizeipräsidium verstarb im Zimmer 128 ein angesehener Journalist Stephan Selbhorn. Er war einer Vorbildung zu einer Vernehmung beim Kriminalkommissar v. Treßow gefolgt. Hier schloß er sich unerwartet eine Revolverkugel in den Kopf, was seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. In seinen Taschen fand man Briefe an seine Angehörigen, in denen er angab, den Grund für seine Handlungsweise werde man auf dem Polizeipräsidium erfahren. Von den Angehörigen wurde die Leiche auf Veranlassung der Polizei abgeholt.

Reflektexplosion. In dem Hardwert Leonhard in Mühlheim wurden durch Reflektexplosion zwei verheiratete Schloffer getötet; einem der Verunglückten wurde der Brustkorb eingedrückt. Der Körper des anderen ist völlig zersplittert.

## Herta falk.

15) Roman von Theodor Almat.  
Wie so, gnädiger Herr? Auguste Stengel ist schon längst verstorben und ist, wie alle wissen, am höchsten Fieber gestorben.  
„Das glaubst du; doch gibt es auch Zweifel.“ Der Assessor z. B. hat den Verdacht einer Vergiftung und will die Ausgrabung der Leiche beantragen.  
„Der Assessor?“ Die grauen Augen der Alten besteten sich schlangenförmig auf Werden. „Also wieder dieser Herr von Rosen, daß er doch —. Ahnte ich es doch gleich, als ich damals beim Andenk des Gewitters den Menschen um mich und den Andreas herumschleichen sah, daß er nicht so von ungefähr dorthin kam. Und nun mußte der Unglücksmensch, dieser Andreas, sich auch noch mit dem Briefe der Auguste herumschleppen und dieser — Rosen ihn finden.“  
„Dieser Brief eben hat zu alledem Veranlassung gegeben; sie haben keine Beweise, aber desto mehr Verdacht. Und damit dir kein Zweifel an dem Kommenden bleibe, so wisse denn, daß Rosen selbst mir alles dieses mitgeteilt hat.“  
„Guten Augenblick sah die Alte unbeweglich still, dann hub sie ruhig an:  
„Nun, der Andreas ist außer Bereich, ist in Sicherheit, und ich bin ohne Unruhe.“  
„Ohne Unruhe, auch wenn man dich hier forsholt, ins Gefängnis bringt, dich eines doppelten Mordes anlag? Tenn wisse auch,

daß man eine Wiederaufnahme des Falles beantragen und daß man dich der Tat an meiner Tante gelien wird.“  
„Man soll's doch tun; lange wird man mich nicht festhalten. Wer will mir etwas beweisen? Dieser Brief der Auguste? Dort steht, daß sie mich am Morgen nach dem Tode Ihrer Tante mit den Bildern traf, das beweist nichts. Im übrigen sind Sie in diesem Punkte Zeuge für mich, wenn es zum Auferstehen käme, und wenn Sie schweigen, weil Ihr Blick von diesem Schweigen abhänge — ich würde Sie nicht verdammen, ich würde zum zweiten Male — doch lassen wir den Punkt. Und was nun die Auguste betrifft — hm, in ganz Offen ist es bekannt, daß die Auguste mit dem Andreas im Verhältnis stand und sich das Leben nehmen wollte, weil er lieberlich geworden und sie auch nicht mehr heiraten wollte, — dafür hab' ich geforg't, daß man das weiß. Endlich soll man doch bei mir alles durchsuchen, nicht eine Spur von Verdächtigen findet man; das Feuer hat alles verzehrt.“  
„Daß man dir schwerlich etwas wird beweisen können, ist meine einzige Verhöhnung; aber schon deine Festnahme wäre mir entsetzlich. Und würden dir in der Einsamkeit des Gefängnisses nicht Gewissensbisse kommen, würdest du nicht alles bekennen?“  
„Ich?“  
In diesem einzigen kleinen Worte lag etwas, das Werden zwang, die Sprecherin desselben prägend anzusehen. Diese fuhr fort:  
„Gnädiger Herr, lassen Sie sich in Kürze ein Märchen erzählen, nach diesem werden Sie

bestimmen können, ob ich mich veraten und Gewissensbisse fühlen kann, oder ob ich imstande bin, diese alten Anekdoten für Sie auf die Folterbank zu legen, ohne zu bekennen, wenn es für Ihr Glück ist.“  
„Es waren einmal drei Kinder zu Spielkameraden vereinigt. Die Schwester und der Bruder waren aus vornehmerm Hause, die dritte aber, ein häßliches kleines Mädchen, war nur gewöhnlicher Leute Kind und nur darum in der feineren Familie aufgenommen, um den beiden andern zur Kurzweil zu dienen. Das arme Mädchen aber zeigte sich so ansehnlich und geschickt in allen Dienstleistungen und war überall am Platz, daß man sie auch später nicht fortjagte, sondern sie als Dienerin behielt.“  
Der Sohn des Hauses kam fort und blieb lange Jahre fern; aber das häßliche Mädchen ersah bis tief in das Herz hinein, als er dann eines Tages als ein gar schöner Mann zurückkam und plötzlich vor ihr stand, ihr mit herzgewinnender Freundlichkeit die Hand reichte und sie mit der alten lieben Stirne an die vergangener Tage, an die gemeinsam verlebte Kindheit erinnerte. Das arme, häßliche Ding, um dessen Seelenleben sich noch nie zuvor jemand sonderlich bekümmert hatte, war von jenem Tage an wie verwandelt. Wohl war ihr der Spielkamerad immer teuer gewesen; aber erst jetzt ward sie sich bewußt, daß sie für ihn und sein Glück selbst sterben könnte. — Sie sollte jedoch noch mehr für ihn tun! Er war ein guter Bruder, ein überall getu gehehener Herr, aber für die gewöhnlichen

Gentile des Lebens nicht reich genug. Er wollte und mußte seine gesellschaftliche Stellung behaupten; jedoch dabei auch mit den Geldverhältnissen rechnen, das verstand er nicht. So kam es, daß er eines Tages sich von einer Schuldenlast erbrütet sah, welche die Seinigen mit allen Opfern nicht mehr imstande waren, von ihm abzuwälzen. Er war der Verzweiflung nahe, da es seine ganze Zukunft galt. In dieser drängenden Lage ließ er sich zu einem Schritte hinreißen, der nicht nur ihn vernichtet, sondern auch seine Eltern in ein frühes Grab gedrückt hätte, wenn ihm keine Hilfe geworden wäre — diese wurde ihm aber. Das häßliche Mädchen bekannte sich als dienstliche, welche der reichen russischen Gräfin, die zur Zeit Gast im Hause war, den Diamantschmuck und die schmer mit Gold gefüllte Schatulle entwendet hatte. Sie wurde natürlich festgenommen, hartnäckig blieb sie in den Verhören dabei, den Schmuck und die Schatulle aus Furcht und Angst vor Entdeckung in den Fluß geworfen zu haben. Nachforschungen ergaben zwar kein Resultat; sie blieb aber bei der Behauptung. Ihr hartnäckiges Beharren auf ihrer Aussage und ihre beispiellose Verstoßtheit brachten ihr eine Zuchtstrafe von acht Jahren.“  
„Gilbert von Werden sprang auf von seinem Stuhle, die Erzählerin antwortend. „Wirkte!“  
„Wirkte!“ Das hast du für meinen Vater getan? — Das war es also! Daher in seinem letzten Briefe an mich das Vermächtnis meiner Person und der drinane Bank, dich bis an dein Ende hoch in Ehren zu halten.“